

Interview

Deutsche Sorgen: Renten, Subventionen und schrumpfende Städte

Volkswirtschaftler Siegfried Franke und Stadtsoziologe Tilman Harlander im Streitgespräch

Auf den deutschen Michel, so scheint es, prasselt nur Ungemach herab: zu hohe Staatsausgaben und damit Sozialkosten, zu viele Arbeitslose, zu wenig Kinder und eine älter werdende Gesellschaft lauten die allgemein diskutierten Schlagworte. Dazu die Folgen der Globalisierung und der Migration. Unter welchen Rahmenbedingungen wir alle in das neue Jahr unter einer neuen Bundesregierung gehen, das wollte aktuell von zwei anerkannten Wissenschaftlern der Universität Stuttgart wissen.

aktuell: Ein niedriges Wachstum und eine hohe Abgaben- und Ausgabenlast hängen wie ein Damoklesschwert über Deutschland. Kann die große Koalition die Verkrustungen am Arbeitsmarkt aufbrechen, damit wieder mehr Nachfrage entsteht?



Franke: Das glaube ich nicht. Dazu sind die Interessensgruppen, die hinter den beiden großen Parteien stehen, viel zu gut aufgestellt und ausgeprägt und auch mit Teilen der Abgeordneten verzahnt. Spätestens in vier Jahren muss man sich der eigenen Wählerklientel stellen. Es wird nur marginale Änderungen geben.

aktuell: Unsere Lebensqualität hängt wesentlich von unserem sozialen Umfeld ab. Welche Entwicklungstendenzen sehen Sie?

Harlander: Zum einen den vielzitierten demografischen Wandel. Wir werden weniger, älter und bunter. Zum anderen der gesellschaftliche Wandel, weg von der Industrie- und hin zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft.

aktuell: Wissenschaftler sprechen mit Blick auf die nächsten 50 Jahre von der Multiminoritätengesellschaft. Entstehen auch in Baden-Württemberg Parallelgesellschaften und ethnische Ghettos, deren Auswirkungen wir gerade in Frankreich beobachten? Welche Steuerungsmöglichkeiten hat die Politik?

Franke: In der Tat, wenn man mal 50 Jahre vorausdenkt, dann wird die Gesamtbevölkerung in Deutschland voraussichtlich auf etwa 65 bis 60 Millionen schrumpfen. Da wir heute wissen, dass die Bevölkerung schrumpft und wir Parallelgesellschaften vermeiden wollen, muss man das in der Tat planen. Einmal vom Städtebaulichen, aber auch vom Wirtschaftlichen her. Die Produkte, die Produktionsstrukturen, die Sozialversicherung, all das ändert sich mächtig. Zuwanderung im begrenzten Sinne kann uns helfen, kann aber den Schrumpfungsanteil nicht voll ausgleichen. Die sozialen Kosten, die Integrationskosten wären einfach zu hoch.

aktuell: Aber wir müssen das quantitative und das qualitative Wachstum sichern, um die sozialen Ausgaben zu finanzieren.

Franke: Dieser Schrumpfungsprozess bedeutet natürlich, der Kapitalstock muss schrumpfen. Er verändert sich auch, weil die Bevölkerung sich in ihrer Altersstruktur und in ihrer ethnischen Zusammensetzung ändert. Und dieser Schrumpfungsprozess, da greife ich gerne auf Peter Conradi zurück, der muss städtebaulich, gesellschaftlich, aber auch wirtschaftlich geplant werden. Das scheinen mir manche Unternehmen nicht so recht in den Blick zu fassen. Wir brauchen nicht mehr so viele Autos, Fernsehapparate

oder was auch immer. Wir brauchen qualitativ andere Produkte, die auch für ältere Menschen geeignet sind. Da kommt ein gewaltiger Anpassungsbedarf auf uns zu, was den Kapitalstock, also die Produktionsanlagen, und was die Produkte anbelangt.

Harlander: Ich würde an der Zuwanderungsfrage gerne anknüpfen. Wir reden meistens nur über den Wanderungssaldo. Aber was verbirgt sich dahinter? In Baden-Württemberg alleine haben wir im letzten Jahr einen Wanderungssaldo von 20.000 Personen. Das sind aber 248.000 Personen, die zugewandert sind und 228.000 Personen, die abgewandert sind. Das allein macht deutlich, was von einer Gesellschaft an Integrationsaufgabe wirklich zu leisten ist. Und in der Tat, die französischen Entwicklungen machen meines Erachtens deutlich, wie notwendig es ist, hier weit im Vorfeld präventiv zu agieren. Das ist natürlich nicht allein eine Frage des Städtebaus.

aktuell: Sie sagten gerade, wir werden weniger, älter und bunter. Sind wir im Bereich der Stadtplanung und im Wohnungsbau darauf eingestellt?

Harlander: Unzureichend. Das muss man ganz klar sagen. Wir haben im Wiederaufbau und im Nachkriegsdeutschland erst mal die quantitative Bedarfsdeckung in den Vordergrund gestellt. Das war verständlich und auch richtig so, das war auch Bestandteil des deutschen Wirtschaftswunders in der Nachkriegszeit. Aber wir haben viel zu lange an Standardwohnungen auch dann noch festgehalten, als im Grunde längst eine Pluralisierung der Haushaltstypen und Lebensstile im Gang war und die erwähnten Prozesse eingesetzt haben. Wir brauchen heute ganz andere Formen des Städtebaus und des Wohnens, als es diese herkömmlich konfektionierten Wohnungen bieten.

aktuell: Professor Franke, Sie sagen den heute 20- bis 30-jährigen, dass sie sich von der dynamischen Rente verabschieden müssen. Ist im Bezug auf die Altersvorsorge das Betongeld eine echte Alternative?

Franke: Wohneigentum ist eine Form der Alternative. Die kapitalgedeckte Altersvorsorge kann natürlich auch darin bestehen, dass ich eine eigengenutzte Wohnung oder ein eigengenutztes Haus besitze. Das wäre zu fördern.

aktuell: Nachweislich tun die meisten Menschen zu wenig für die Altersvorsorge, weil sie die notwendig großen Summen monatlich nicht aufbringen können. Das bedeutet für viele eine Entweder-Oder-Entscheidung. Entweder Eigentum oder aber Riester-Rente.

Franke: Das ist ein Riesenproblem, völlig klar. Wir haben nun mal eine Menge älterer Menschen, die in der Rente sind oder die nicht mehr arbeitsfähig sind und die von der jetzt arbeitenden Bevölkerung über das Umlagensystem mit ernährt werden. Wenn ich das System jetzt umstellen wollte auf Kapitaldeckung, würde das ja bedeuten, die jetzt Arbeitenden müssten nach wie vor für die jetzigen Rentner in die Sozialversicherung einbezahlen, also ins Umlagesystem. Wer für sein eigenes Alter zusätzlich einen Kapitalstock aufbauen will, der monatlich 1.000 Euro abwirft, der müsste, in Preisen

von heute, bei vier Prozent Zins ein Kapital von 250.000 Euro ansparen. Das lässt sich kaum darstellen.

Harlander: Darf ich das aufgreifen: Gerade die älteren Menschen sind für den Wohnungsbau in der Tat eine besondere Herausforderung, denn sie haben vollkommen differenzierte Bedürfnisse. Die meisten Menschen wollen in ihren angestammten vier Wänden bleiben. Also muss man das System der ambulanten Betreuung und Versorgung zunächst mal entwickeln, auch Formen der Wohnungsanpassung. Aber gleichzeitig schmelzen die vielen Familienangehörigen weg, die bisher die Pflege und Betreuung der älteren Menschen übernommen hatten. Im Augenblick leben etwa 93 Prozent der Menschen über 65 Jahren zuhause. Und selbst 70 Prozent der Pflegebedürftigen werden zuhause gepflegt. Durch die steigende Lebenserwartung erhöht sich die Zahl derjenigen, die in die Pflegebedürftigkeit hineinwachsen. Ein Bericht der Bundesregierung sagt, dass ein Drittel der über 90-Jährigen nach heutigen Perspektiven in Demenzerkrankungen hineinwachsen. Die meisten von ihnen werden ja heute von Familienangehörigen gepflegt. Aber gerade die werden, aufgrund der Verkleinerung der Haushaltsgrößen und der niedrigen Geburtenrate, immer weniger und sind immer weniger bereit, diese Pflege zu übernehmen. Wir müssen zwischen dem Wohnen zuhause und dem Wohnen in Heimen – neben dem betreuten Wohnen – weitere Übergangsformen entwickeln. Das können Wohngemeinschaften für ältere Menschen sein oder Formen des gemeinsamen Wohnens von Alt und Jung. Das ist eine gesellschaftliche Herausforderung.

aktuell: In 50 Jahren wird es genauso viel 80-Jährige wie 20-Jährige geben. Das heißt, die Dynamik in Deutschland wird zurückgehen. Asiatische Staaten werden den Weltmarkt bestimmen oder zumindest mitbestimmen. Müssen wir uns in Deutschland die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts sehr perspektivlos und armselig vorstellen?

Franke: Das glaube ich nicht. Manchmal habe ich den Eindruck, durch das überbetuliche Betreuen des Wohlfahrtsstaates wird den Leuten fast von klein auf eingeredet, dass der Staat im Hintergrund alles regelt. Wenn man bestimmte Ziele nicht erreicht, sind in der Regel andere Schuld. Ich denke, wir können auch als älter werdende Gesellschaft den Anstrengungen jüngerer Nationen entgegenreten, wenn ein Mentalitätswandel eintritt. Wenn man auf dem Erfahrungswissen aufbaut, wenn man auf Eigenverantwortung baut und wenn man den Klimawechsel schaffen würde, dass auch über 65-Jährige noch leistungsfähig sind. In 50 Jahren sehe ich 75-Jährige noch arbeiten. Aber in anderen Produktionsfeldern. Das halte ich für richtig, denn die Vernetzungsmöglichkeiten, das Erfahrungswissen älterer Menschen wird viel zu wenig genutzt. Wenn wir uns auf differenzierte Produkte, auf Dienstleistungen konzentrieren statt auf die Massenproduktion, die natürlich in anderen Ländern wie China günstiger hergestellt werden kann, dann brauchen wir uns auch in Zukunft nicht zu verstecken. Ich will jetzt nicht Alt-Bundespräsident Herzog zitieren, aber es muss eine Art Ruck durch Deutschland gehen.

aktuell: Professor Harlander, das Berlin-Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung sieht das Zuwanderungsland Baden-Württemberg unter der Überschrift „Wo die Zukunft ein Zuhause hat“. Teilen sie diese Euphorie?

Harlander: Das ist natürlich ein bisschen plakativ zugespitzt. Aber wenn wir uns Baden-Württemberg anschauen, dann sind wir im Vergleich zu anderen Bundesländern noch in einer relativ günstigen Ausgangsposition. Wir hatten in den vergangenen Jahren immer eine deutliche Zuwanderung, ausgedrückt im Wanderungssaldo. Wir sind auch das einzige Bundesland, das noch einen positiven Geburtenüberschuss hat. Wir profitieren im Augenblick vom Wanderungsgewinn. Aber die Ausgangslage hat sich extrem differenziert. Wir haben in Baden-Würt-



temberg nicht nur expandierende, prosperierende Räume. Dementsprechend müssen wir uns auf eine differenzierte Wohnungsbau- und Städtebaupolitik einstellen.

aktuell: Sie sagen, der soziale Mietwohnungsbau habe sich zu einem stigmatisierten Randgruppenwohnungsbau entwickelt. Dies sei eine gravierende Hypothek für die Bewältigung der Zukunftsaufgabe namens Integration. Wer soll dem wie entgegenwirken?

Harlander: Das ist in der Tat ein schwieriges Problem. Es ist sicher ein Positivum in der Nachkriegsentwicklung, dass unser sozialer Wohnungsbau als ein Wohnungsbau für breite Schichten des Volkes konzipiert war. Im Gegensatz zu den Public-Housing-Programmen der USA. In Deutschland haben wir ein Modell, das gar nicht überschätzt werden kann hinsichtlich seiner positiven Bedeutung für die soziale und kulturelle Integration der Nachkriegsgesellschaft. Mittlerweile hat die Bedeutung des sozialen Wohnungsbaus abgenommen, des Wohnens im Eigentum zugenommen. Dennoch blieb der soziale Wohnungsbau das Reservoir für Menschen in sozialen Schwierigkeiten. Das Problem ist nur, dass unsere Sozialwohnungen aus der Bindung laufen. In der Regel sind das 30 bis 35 Jahre. Praktisch führt das dazu, dass jede Stadt, jedes Bundesland damit konfrontiert ist, dass gerade jetzt die Masse der Sozialwohnungen aus der Bindung fällt. Das Problem ist, wer fühlt sich verantwortlich für die Wohnungsversorgung der Gruppen, die in sozialen Schwierigkeiten sind? Man muss nicht unbedingt an Neubau denken. Es gibt durchaus auch im Bestand Möglichkeiten, etwa durch den Ankauf von Belegungsrechten. Man könnte jetzt jedes Instrument einzeln diskutieren. Es gibt kein unproblematisches Instrument. Das ist nicht nur ein Politikproblem. Das ist auch eine Frage der Mentalität und der Akzeptanz. Soziale Wohnungsbauprojekte stoßen in gutbürgerlichen Vierteln oft auf Protest.

aktuell: Professor Franke, Sie sagen, der Sozialstaat gleicht einem gefräßigen Elefanten. Warum stehen auf Ihrer Kritikliste unter anderem die Ausdehnung des Kündigungsschutzes, die Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus und die Förderung selbst genutzten Wohnraums ganz oben?

Franke: Schutzgesetze kranken alle daran, dass sie diejenigen schützen, die schon im System drin sind. Und sie halten Außensei-

„Wir haben zu lang an Standardwohnungen festgehalten.“

„Wir werden weniger, älter und bunter.“

terkonkurrenz fern. Die Eintrittsbarrieren werden einfach zu hoch und man behindert zum Teil diejenigen, die man eigentlich schützen will. Wenn ich etwa an den Mutterschutz denke, ein ganz wichtiges Ziel, da gibt es überhaupt nichts zu diskutieren. Wenn ich das aber nicht über eine Gemeinschaftskasse abdecke, sondern dem einzelnen Betrieb zuordne, dann können sich die großen Firmen das leisten, aber nicht der kleine Handwerksmeister. Wahrscheinlich sehen sie das aus ihrer Verbandsposition heraus etwas anders, aber all diese Paragraphen, ob 7b oder 10e oder die Eigenheimzulage, das kritisiere ich in der Tat und zwar aus folgendem Grund: Jeder schaut in sein Portemonnaie und überlegt, kann ich mir diese Wohnung leisten oder nicht. Der erste Anschein würde sagen, ich kann sie mir nicht leisten. Und dann setz ich mich noch mal hin, berechne die Eigenheimzulage, die steuerlichen Vergünstigungen und dann sage ich, das bringt mir ja 400 Euro mehr an Netto, dann kann ich es mir leisten. Das bedeutet aber, ich entfalte Nachfrage über das, was ich mir vom eigentlichen Einkommen her nicht leisten kann, und das haben natürlich die Anbieter längst in ihre Preise einkalkuliert. Das heißt, das Ganze wird künstlich aufgebläht.

aktuell: Glauben Sie, dass die Preise nach dem Wegfall der Eigenheimzulage sinken?

Franke: Überhaupt nicht. Warum? Weil das natürlich Anpassungszeiten braucht. Wenn ich mich über Jahrzehnte an eine bestimmte Situation gewöhnt habe, dann kann ich nicht erwarten, dass die Gesetzesänderung von heute schon morgen zu einer Änderung führt. Eher noch reißt man nicht genutzten Wohnraum wieder ab, um Preise zu halten. Das sehen wir ja im Osten. Das muss man über zwanzig, mindestens aber über zehn Jahre sehen. Eine auf vier Jahre angelegte Koalition – wie sie auch immer zusammengesetzt ist – kann das gar nicht schaffen.

aktuell: Professor Harlander, Sie sehen das ein wenig anders?

Harlander: Ich möchte zwei Problembereiche zu bedenken geben. Das eine sind nun mal die wohnungspolitischen Zielgruppen der Schwellenhaushalte. Und das andere ist die regionale Steuerung. Da sind wir bei dem bisher noch nicht angesprochenen Thema der Bodenpreise. Baden-Württemberg liegt bundesweit als Flächenstaat an der Spitze. Wir sind hier im Durchschnitt bei 175 Euro, im Schnitt der Stadtkreise bei 490 Euro pro Quadratmeter. Das ist sehr, sehr viel Geld. Wenn man noch die durchschnittlichen Baukosten dazu rechnet, dann wird klar, dass die Schwellenhaushalte sich das in den verdichteten Räumen nicht mehr leisten können. Im Kontext der Eigenheimförderung ist oft diskutiert worden, ob nicht der Staat oder die Städte bei den hohen Grundstückspreisen kompensierend eingreifen müssten. Hier in Stuttgart beispielsweise war das Baugebiet „Im Raiser“ als Eigenheimgebiet nur vermarktbar, weil die Häuser doppelt gefördert wurden: durch einen städtischen Zuschuss zu den Grundstückspreisen und durch das Land noch mal im Rahmen seiner Eigenheimförderung. Ich denke, es kann auch für eine Eigenheimförderung gute Gründe geben. Aber ich gebe Ihnen im Grundsatz Recht, dass im Unterschied zur Vergangenheit zielgruppenspezifischer und auch räumlich zielgenauer gesteuert werden müsste.

aktuell: In Zeiten knapper Kassen wird nach neuen Finanzierungsmodellen gesucht. Auch der Verkauf kommunaler Wohnungsunternehmen steht zur Diskussion. Wird damit Sozialabbau betrieben?

Harlander: Dem Verkauf kommunaler Wohnungsunternehmen stehe ich in der Tat sehr kritisch gegenüber. Das ist in meinen Augen ein Sozialkapital, das häufig im Laufe von hunderten Jahren oder mehr aufgebaut wurde und im Leben einer solchen Ge-



Zu Gast beim vwjw: Siegfried Franke und Tilman Harlander im Gespräch

meinde über Jahrzehnte hinweg eine wichtige soziale Pufferfunktion hatte. Und es wird in diesen Fällen immer damit argumentiert, man würde mit den Erwerbenden selbstverständlich sozialverträgliche Modalitäten aushandeln. Aber das funktioniert nicht.

aktuell: Sind Wohnungsbaugenossenschaften aktueller denn je?

Harlander: In der Tat gibt es im Augenblick neue Chancen für das gemeinschaftliche Bauen. Das kann auch in der Rechtsform der Genossenschaft vor sich gehen. Bundesweit erleben Baugemeinschaften einen Aufschwung. Hamburg zum Beispiel hat bereits 15 Prozent seiner Bauflächen für Baugemeinschaften reserviert. Und Stuttgart hat gerade ein Gutachten darüber erstellen lassen. Ludwigsburg und Esslingen versuchen, derartige Modelle ins Leben zu rufen. In München diskutiert man drüber, in Freiburg und Tübingen sowieso, die gelten als die Pioniere in diesem Bereich.

„Wir nutzen das Erfahrungswissen Älterer zu wenig.“

Interessant daran ist das zivilgesellschaftliche Engagement. Man macht sich unabhängig vom Vordenken durch sozialstaatliche Träger und große Wohnungsbau-gesellschaften und nimmt die Umsetzung der eigenen Wohnungsbedürfnisse selbst in die Hand. Ich empfinde das als sehr positive Entwicklung. Die man aber entideologisieren muss.

Franke: Von der ursprünglichen Wortbedeutung Genossenschaft her, kann ich Ihnen nur zustimmen. Globalisierung, Flexibilität und internationale Wettbewerbsfähigkeit hin oder her. Die Menschen sind, davon bin ich fest überzeugt, mehrheitlich eben keine Nomaden. Man zieht um, wenn es nötig ist, versucht dort wieder Wurzeln zu schlagen. Und dann sind solche überschaubaren Wohn- und Lebenseinheiten sicher förderlich.

aktuell: Die Wohnflächenexpansion bereitet den Stadtplanern Sorgen. Doch gibt es nicht eine Grenze der Verdichtung?

Harlander: Richtig. Das halte ich für ein zentrales Merkmal qualitätsvollen und urbanen Bauens, dass wir heute geschützte, private Freiräume haben. Doch gegen diese Grundsatzregel wird immer noch viel gesündigt. In Wirklichkeit ist es das, was die Menschen in aller erster Linie von anspruchsvollem, städtischen Wohnen erwarten. In Form einer Terrasse, einer Loggia, eines geschützten Balkons. Wir brauchen selbstverständlich auch die entsprechenden Wohnungsausstattungen. Lärmschutz und Raumhöhe sind ebenfalls ganz wichtige Themen, um eine gewisse Großzügigkeit zu vermitteln. Dennoch gilt: Wir können, wenn wir im städtischen Kontext bauen, nicht der uferlosen Wohnflächenexpansion das Wort reden.

aktuell: Hört die Renaissance der Städte da auf, wo man seine Wohnung nicht mehr bezahlen kann und deswegen in die Peripherie hinausziehen muss?

Franke: Gehen wir zurück zur Wohnraumförderung. Die Frage ist, ob man das, wie bisher, objektbezogen macht. Oder ob ich nicht die Rahmenbedingungen insgesamt ändere, indem ich die Steuer- und Abgabensenkung, indem sich Städte und Kommunen von Grundbesitz trennen und ihn dem Markt zur Verfügung stellen. Tatsächlich ist es bei manchen Gütern einfach so, dass geringfügige Veränderungen von Angebots- zu Nachfragebedingungen ganz gewaltige Veränderungen hervorrufen können. Man muss sich mal klar machen, warum ist denn meine Wohnung 200.000 Euro wert? Warum ist ein Haus vielleicht 1,5 Millionen Euro wert? Das ist so, weil ganz wenig von dem Bestand, den wir überall sehen, angeboten wird und entsprechend Nachfrage da ist. Wenn auf einen Schlag nur fünf Prozent mehr vergleichbare Wohnungen angeboten würden, was glauben Sie, wie die Preise nach unten gehen würden.

Harlander: Im Augenblick ändert sich dieses ganze Lagegefüge grundsätzlich mit dem angesprochenen demografischen Wandel, aber auch mit der Renaissance der Städte und der Innenstädte als Wohnstandort. Was umgekehrt gleichzeitig die Abnahme der Attraktivität des suburbanen Einfamilienhauses beinhaltet. Schon hört man – und das bestätigen die Bausparkassen, aber zum Teil auch Makler – dass es periphere Räume gibt, in denen die Preise stagnieren und zum Teil auch schon einbrechen. Seit den 60er Jahren haben wir einen fast durchgängigen Suburbanisierungstrend, der sich jetzt umzukehren beginnt. Die Entwicklung der Innenstädte nach dem amerikanischen Modell zu „A“-Städten der Armen, Arbeitslosen, der Auszubildenden und Alten, und der Umlandgemeinden zu „B“-Städten der Beamten, Bonzen und Besserverdienenden. Und jetzt erstmalig – die Planer haben es seit langem verlangt – zeichnet sich wirklich eine Renaissance der

„Menschen sind keine Nomaden, sie wollen Wurzeln schlagen.“

städtischen Wohnstandorte ab und das wird natürlich auch den Bodenpreis deutlich verändern.


aktuell: Sind Sie, der eine als Marktwirtschaftler, der andere als Stadtplaner, einer Meinung, wenn es um die zukünftige Rolle des Staates geht?

Franke: Ich nenne das Stichwort „Neoliberalismus“, auch wenn es fast schon als Schimpfwort gebraucht wird. Ich begreife mich als liberalen Ökonomen, als Vertreter der Marktwirtschaft. Aber Märkte funktionieren nie von alleine. Märkte sind immer an Bedingungen gebunden, unter denen sie funktionieren. Ein Staat hat das Recht, die Spielregeln für das Funktionieren des Marktes zu setzen. Dazu gehört im Interesse der Allgemeinheit auch, wie ich die Nutzung der letztendlich doch knappen Fläche regelt. Marktwirtschaft bedeutet nicht, dass jeder baut, wann, wie, wo er will. Ich denke, dass sich da Marktwirtschaftler und Stadtplaner eigentlich glänzend verstehen.

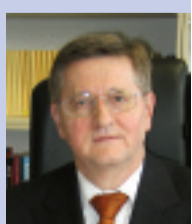
Harlander: Die wissenschaftlichen Positionen liegen gar nicht so weit auseinander. Das ergänzt sich sehr gut. Ich glaube, die Imperative und die Rahmenbedingungen, die heute wirken, können auch in der Stadtplanung und Architektur nicht verkannt werden. Und keiner ist so traumtänzerisch und will zurück zu alten Modellen des Sozialstaates. Die besondere Verantwortung liegt in der Frage, was trage ich dazu bei, um den gesellschaftlichen Konsens und die soziale Stabilität zu fördern. Da befindet sich der Staat nach wie vor in Verantwortung, die sich natürlich nicht auflöst in den Ruf nach mehr Geld. Aber in einer steuernden, Rahmen setzenden, auch zunehmend moderierenden Funktion sehe ich den Staat schon.

Es ist kein Zufall, dass die Moderation ein Betätigungsfeld für Architekten und Stadtplaner geworden ist. Das erleben wir gerade im Bereich des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“. Wir müssen der Abwärtsspirale entgegenwirken, wo sich durch den Prozess des Auszugs der Besserverdienenden und des Nachrückens problematischer Bevölkerungsgruppen zum Teil Quartiere in einem verheerenden Abwärtsprozess befinden. Auf der anderen Seite hielte ich für fatal, wenn sich bei uns das heraus entwickelt, was weltweit zum am schnellsten wachsenden Siedlungsmodell geworden ist – die Gated Community, die Abschottung der Besserverdienenden. Damit ist in meinen Augen ein Prozess der Entsolidarisierung von Gesellschaft verbunden, den ich für sehr, sehr gefährlich ansehe. Ich halte an unserem mitteleuropäischen Modell der Integration der Gesellschaft fest. Und an dem Leitbild der bunt gemischten und gemischt genutzten europäischen Stadt mit frei zugänglichen öffentlichen Räumen.

Das Gespräch führte Dagmar Lange



Tilman Harlander, geb. 1946, studiert Soziologie, Volkswirtschaftslehre, Psychologie und Politikwissenschaften. 1978 Promotion, 1994 Habilitation an der RWTH Aachen. 1989 bis 1997 Vorsitz im Aufsichtsrat der städtischen Aachener Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft. Ab 1997 Professur im Fachgebiet „Sozialwissenschaftliche Grundlagen“ an der Universität Stuttgart. Von 2000 bis 2002 Studiendekan, seit 2002 Dekan der Fakultät für Architektur und Stadtplanung, Universität Stuttgart. Leitung verschiedener durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die VW-Stiftung und die Wüstenrot-Stiftung geförderter Forschungsprojekte. Bücher und Aufsätze über Städte- und Siedlungsbau.



Siegfried Franke, geb. 1942, studiert nach der Ausbildung zum Groß- und Außenhandelskaufmann Volkswirtschaftslehre, Rechtswissenschaften, Politikwissenschaft und Slavistik. 1978 Promotion, 1990 externe Habilitation für Volkswirtschaftslehre (Universität Dortmund). 1982 bis 1991 Professur an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung, Hamburg. Seit 1991 Leitung der interdisziplinären Abteilung für Wirtschaftspolitik und Öffentliches Recht an der Universität Stuttgart, seit 2002 Prodekan der neu gegliederten Fakultät 10 (Wirtschafts- und Sozialwissenschaften). Publikationen und Vorträge zur politischen Willens- und Entscheidungsfindung. Mitglied zahlreicher Organisationen, u.a. der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft.